

Kurzbericht des BMG-geförderten Forschungsvorhabens

Vorhabentitel	Positionspapiere und Leitbilder zu Angehörigen Suchtkranker POLAS
Schlüsselbegriffe	Angehörige, Suchtpolitik, Leitlinien,
Vorhabendurchführung	Universität zu Lübeck
Vorhabenleitung	G. Bischof
Autor(en)	G. Bischof, B. Besser, A. Bischof, H.J. Rumpf
Vorhabenbeginn	01.08.2017
Vorhabenende	31.01.2018

1. Vorhabenbeschreibung, Vorhabenziele

Aus internationalen Studien ist bekannt, dass die Problemlagen Angehöriger in politischen Handlungsstrategien und Positionspapieren in den vergangenen Jahren zunehmend Berücksichtigung gefunden haben. Allerdings zeigen diese Studien, dass Belastungen von und Interventionsmöglichkeiten für Angehörige in den entsprechenden Dokumenten meist nur oberflächlich thematisiert werden. Ein entsprechender systematischer Überblick zur Lage in Deutschland liegt bislang nicht vor. Ziel des Projektes war die Sichtung und Bewertung existierender Positionspapiere und Behandlungsleitlinien hinsichtlich der Erwähnung des Themenfeldes „Angehörige von Suchtkranken“. Zusätzlich sollte in dem Projekt die Verbreitung und Struktur von Angehörigenarbeit in unterschiedlichen Versorgungssektoren (Suchthilfe, Psychotherapie, Psychiatrie, Jugend- und Familienhilfe) orientierend erhoben werden. Das Projekt stellt den deutschen Zweig des internationalen Addiction and the Family International Network (AFINet; www.afinetwork.info) Projektes „Country Policies and Practices regarding Affected Family Members (AFMs)“ dar, dessen Ziel es ist, aus den Erkenntnissen nationale Empfehlungen für die Verbesserung der Situation der Angehörigen Suchterkrankter zu gewinnen.

2. Durchführung, Methodik

Positionspapiere aus den Bereichen Drogen- und Suchtpolitik sowie Psychiatriepläne und Behandlungsleitlinien zu Suchterkrankungen wurden systematisch gesammelt und hinsichtlich der Berücksichtigung familiärer Auswirkungen von Suchterkrankungen nach der Family Impact Lens ausgewertet. Die Family Impact Lens fokussiert auf Pläne oder Vorgehensweisen, die durch Gesetze, verbindliche Regeln, Codizes oder andere Mechanismen im öffentlichen oder privaten Sektor umgesetzt werden. Dabei wird Familienpolitik explizit als wichtiges Ziel definiert. Das methodische

Vorgehen erfolgte in Absprache mit den internationalen Kooperationspartnern, um eine Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten. Analysiert wurde, in welcher Form Belastungen und Interventionsangebote für Angehörige in den Dokumenten thematisiert werden. Ergänzend wurde eine standardisierte Onlinebefragung von Versorgungseinrichtungen der Sucht-, Jugend- und Familienhilfe sowie ambulanter Psychotherapeut/innen zur Erfassung vorhandener Angebotsstrukturen durchgeführt, bei der Daten von 1.487 Versorgerinnen und Versorgern erhoben werden konnten.

3. Gender Mainstreaming

Die Inanspruchnahme von Hilfen durch Angehörige betrifft in besonders hohem Maße Frauen (insbesondere Partnerinnen und Mütter), bei denen nach epidemiologischen Studien ein ausgeprägterer Leidensdruck feststellbar ist. Epidemiologische Daten zeigen zudem, dass - wie auch aufgrund der geschlechtsspezifischen Differenzen hinsichtlich der Suchtprävalenz erwartbar ist - deutlich mehr Frauen als Männer in Partnerschaften mit suchtkranken Menschen leben. Eine verbesserte Berücksichtigung der Belastungen und Bedarfe erwachsener Angehöriger Suchtkranker und die explizite Thematisierung der Bedarfe von Partnerinnen würde demnach insbesondere die Befähigung (Empowerment) dieser hochbelasteten Gruppe stärken.

4. Ergebnisse, Schlussfolgerung, Fortführung

Auswirkungen von Suchterkrankungen werden in den politischen Dokumenten schwerpunktmäßig für die Bereiche Kinder aus suchtbelasteten Familien und bezüglich somatischer Konsequenzen, nicht jedoch hinsichtlich psychischer Beeinträchtigungen erwähnt. Hinsichtlich Behandlungskonzepten werden Angehörige primär in Zusammenhang mit Präventionsfragestellungen erwähnt, während die Benennung eigenständiger Behandlungsbedarfe nur in einer suchtpolitischen Leitlinie festgestellt werden konnte. Im Gegensatz zu den suchtspezifischen Dokumenten zeigten sich in den Psychiatrieplänen stärkere Bezüge auf Angehörige hinsichtlich Belastungen und Interventionsmöglichkeiten und -bedarfen.

Aus den analysierten Behandlungsleitlinien ergibt sich eine Evidenz hinsichtlich der Einbeziehung Angehöriger in die Versorgung alkoholabhängiger Menschen. Behandlungskonzepte und -bedarfe Angehöriger unabhängig von einer Behandlung der suchtkranken Person wurden in den analysierten Dokumenten ausschließlich für Kinder aus suchtbelasteten Familien thematisiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass Auswirkungen von Suchterkrankungen auf das soziale Umfeld in deutschen suchtpolitischen Leitlinien nur eingeschränkt thematisiert werden und dass Verweise auf evidenzbasierte Behandlungsangebote durchgängig fehlen. Eine Intensivierung der Vernetzung zwischen verschiedenen Hilfesettings und die flächendeckende Sicherstellung einer angemessenen Refinanzierung von Angeboten der Angehörigenarbeit in der Suchthilfe stellen demnach erste bedeutende Schritte zur bedarfsgerechten Verbesserung der Versorgungslage dar.

In der nach Versorgungsbereichen stratifizierten Auswertung der Angebotsstrukturen zeigten sich signifikante Differenzen zwischen Angeboten der Familien- und Jugendhilfe, psychotherapeutischen, suchtspezifischen und sozialpsychiatrischen Versorgerinnen und Versorgern in Hinblick auf

angebotene Behandlungskonzepte und wahrgenommene Behandlungsaufträge von Angehörigen. In Übereinstimmung mit Expert/innen- und Angehörigenbefragungen lag beispielsweise ein Schwerpunkt der Unterstützungsbedarfe von Angehörigen im Suchtbereich in der Unterstützung der suchtkranken Person, während in der psychotherapeutischen Versorgung die Verbesserung der Eigenbefindlichkeit und die Abgrenzung gegenüber dem Suchtkranken stärker gewichtet wurden. Die Befunde legen nahe, dass die Inanspruchnahme professioneller Unterstützung durch Angehörige zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgt und unterschiedliche Schweregrade von Belastungen widerspiegelt.

Die Analyse der Erwähnung von Angehörigen in politischen Dokumenten zu Sucht, Psychiatrie und Prävention zeigt Verbesserungspotential hinsichtlich der Berücksichtigung angehörigenspezifischer Themen für die Überarbeitung entsprechender Positionspapiere auf. Zugleich zeigen die Ergebnisse der Expert/innenbefragung den Stellenwert von Angehörigenarbeit in unterschiedlichen Settings hinsichtlich der Größe der Zielgruppe als auch aus der Sicht der Versorger/innen. Die Ergebnisse lassen sich für unterschiedliche Anwendungsfelder wie Politikgestaltung und Suchtforschung nutzen.

5. Umsetzung der Ergebnisse durch das BMG

Die Projektergebnisse wurden anlässlich eines Fachgesprächs zum Thema „Angehörige von Menschen mit Suchterkrankungen“ im BMG der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Die Ergebnisse werden in die Überlegungen zur Umsetzung weiterer Projekte mit dem Fokus auf Angehörige von Menschen mit Suchterkrankungen einfließen.

6. Verwendete Literatur

- Berndt, J., Bischof, A., Besser, B., Rumpf, H., -J., & Bischof, G. (2017). *Abschlussbericht Belastungen und Perspektiven Angehöriger Suchtkrankter (BEPAS)*. Retrieved from: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Berichte/Abschlussbericht/171109_Abschlussbericht_BEPAS.pdf
- Bogensneider, K., Little, O., Ooms, T., Benning, S., & Cadigan, K. (2012). *The family impact rationale. An evidence base for the Family Impact Lens*. Madison, WI.: Family Impact Institute.
- Groenewald, C., & Bhana, A. (2016). Substance abuse and the family: An examination of the South African policy context. *Drugs, Education, Prevention and Policy*, 25(2), 148-155. doi:10.1080/09687637.2016.1236072
- Velleman, R. (2010). The policy context: Reversing a state of neglect. *Drugs: education, prevention, and policy*, 17, 8-35.